

**Rosmarie Wydler-Wälti:
«Wir KlimaSeniorinnen wollen
in Strassburg
Geschichte schreiben»**



Rosmarie Wydler-Wälti wanderte 15 Etappen auf Klimasparen mit.
«Für mich ist das Projekt der Klimasparen ganzheitlich, frei nach Postalezzis:
Mit Kopf, Fuss und Herz»

«Die Folgen der Klimakrise treffen nicht alle gleich – weder auf internationaler Ebene noch in der Schweiz. Mit der globalen Klimaerwärmung nimmt auch bei uns die Temperatur stetig zu, sogar doppelt so stark wie im weltweiten Durchschnitt. Die immer heisseren Sommer belasten die körperliche Gesundheit. Stark betroffen sind laut wissenschaftlichen Studien ältere Frauen. So treffen die auf die sommerliche Wärme zurückgeführten Todesfälle zum grössten Teil Seniorinnen, was im Hitzesommer 2003 erstmals festgestellt wurde. 2011 hat die WHO die spezielle Gefährdung von Frauen bei Hitzewellen festgehalten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um Druck für eine bessere Klimapolitik zu machen. Greenpeace Schweiz prüfte zusammen mit den Anwältinnen Ursula Brunner und Coraella Bähr, wie eine Klage aufgebaut werden kann, und sie betonten, dass in der Schweiz nur betroffene Personengruppen den Bundesrat verklagen können, wenn durch dessen Handlungen oder deren Unterlassung diese Personengruppe einer nicht zumutbaren Gefährdung ausgesetzt sind. Also suchte Greenpeace ältere Frauen, um die KlimaSeniorinnen 2016 zu gründen, und ich wurde Co-Präsidentin für die Deutschschweiz. Heute sind wir rund 2000 Frauen aus allen Regionen der Schweiz. Ich denke, gerade junge Generationen und Seniorinnen haben ähnliche Vorstellungen einer besseren Gesellschaft, wenn auch aus anderen Motiven. Als ich jung war, lernten wir aus Sparsamkeit einfach zu leben, die Jungen machen dies heute aus ökologischen Gründen. Für mich ist Klimawarbeit eine Herzensangelegenheit, aus tiefem Verantwortungsgefühl, weil meine Babyboomer-Generation das Desaster verursacht hat.

Mein eindrücklichstes Erlebnis mit den KlimaSeniorinnen war eine Reise in die Lofoten mit Bahn und Fähre zum Arctic Sunrise-Schiff von Greenpeace, zusammen mit der Gruppe Youth for Nature. Norwegen hatte einen Monat nach der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens neue Erdölbohrungen im Meer bewilligt. Natürlich gab es viel Widerstand, und Greenpeace hat einige Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Ländern auf ihr Schiff eingeladen. Da das Schiff zu gross war, um am Land anzulegen, fuhren wir jeweils mit den Gummibooten hin und zurück. Einmal stürzte es richtig heftig, und wir konnten mit der Leiter nicht mehr auf das Schiff hinaufklettern. So haben uns die Greenpeace-Leute kurzerhand in den Booten mit dem Kran auf das Schiff gehoben. Welch ein Abenteuer!

Zurzeit erhalten wir KlimaSeniorinnen Einladungen in verschiedene europäische Länder. Dort wollen Organisationen ähnliche Klagen aufstellen. Als KlimaSeniorinnen verklagen wir den Bundesrat, weil er nicht genug für den Schutz unserer Gesundheit tut. In erster Instanz klagten wir vor dem Bundesverwaltungsgericht. Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung, dass wir ja gar nicht mehr als andere unter der Sommerhitze leiden würden und damit keinen Grund zur Klage hätten. Die nächste Instanz war das Bundesgericht. Dieses schmetterte unsere Klage ebenfalls ab, da keine Betroffenheit nachweisbar sei. Es sei noch nicht bewiesen, dass eine Erwärmung von zwei Grad komme. Dabei steht in der Verfassung, dass die Politik Vorsorgemaassnahmen treffen muss für besonders betroffene Personen. Auf die Klage bezüglich Gesundheitsvorsorge ist niemand eingegangen. Danach entschied die Generalversammlung der KlimaSeniorinnen einstimmig, das Urteil an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg weiterzuziehen. Unsere Mitglieder haben über 700 bunte Flaggen gemacht, und wir haben diese nach einer Kundgebung im Oktober 2020 über die Mittere Brücke von Basel getragen und nach Strassburg mitgenommen, um die Klage anzukündigen. Dort reichten wir sie dann im November 2020 ein. Von den Schweizer Medien wurden wir kaum beachtet, doch in Frankreich hatten wir viel öffentliche Aufmerksamkeit.

Auf Aufforderung des Europäischen Gerichtshofs musste das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu unserer Klage Stellung nehmen. Im Sommer 2021 antwortete das Justizdepartement. Erstens sei die Schweizer Klimapolitik genügend, zweitens seien Frauen nicht speziell benachteiligt, drittens sei keine Personengruppe in einer Art betroffen, die zur Klage berechtigt, und viertens spiele es keine Rolle, ob die Schweiz handle oder nicht – die Betroffenheit durch den Klimawandel bliebe so oder so. Zudem erfüllten wir den Opferstatus nicht und es bestehe kein unmittelbares Risiko für die Beschwerdeführerinnen. Die Klimaerwärmung habe noch kein Ausmass erreicht, um auf uns einen Effekt zu haben. In Strassburg haben sie uns jedoch grünes Licht gegeben und werden Klimaklagen prioritär behandeln und prüfen, ob sie menschenrechtswürdig sind. Wenn der Gerichtshof eine Menschenrechtsverletzung feststellen würde, hätte dies Auswirkungen nicht nur auf die Schweiz, sondern auf alle Staaten, die zum Europarat gehören.»